

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Kop. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Umgebungen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. Ausland 3 Mk. 50 Pf. 16 Pf. Alle Postanweisungen an den Verleger sind zu richten an die Geschäftsstelle in Wilsdruff. Bei Fehlen des Bestellers, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Einzelgenusspreis: Die 4-spaltige Normalzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Werbefläche im textlichen Teile 100 Goldpfennig, Werbefläche im bildlichen Teile 20 Goldpfennig, Werbefläche im textlichen Teile 100 Goldpfennig, Werbefläche im bildlichen Teile 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 181. 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag den 5. August 1926

Fadenscheinige Gründe.

Bald fährt sich die Konferenz von Locarno und die Debatte darüber wird wieder anschwellen, ob wir Deutsche aus dieser Konferenz sichtbare Erfolge davongetragen haben. Die Bilanz der Locarnopolitik — sie ist nicht so leicht zu ziehen wie in einem Geschäft, wo es sich um ein einfaches finanzielles Soll und Haben handelt. Denn unser Haben in Locarno war eine Reihe von Versprechungen; diese Versprechungen sollten und müßten erst zur Wirklichkeit werden, ehe dieses Haben einen tatsächlichen Wert darstellt.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Besetzung des deutschen Gebietes wohl den Bestimmungen des Versailler Gewaltfriedens entspricht, dem Geiste von Locarno aber widerspricht. Die Gegenseite hat sich dieser Auffassung nicht angeschlossen, aber immerhin hat die Völkerversammlung am 14. November 1925 dem deutschen Vorkämpfer in Paris eine Note übermittelt, in der eine erhebliche Herabsetzung der Stärke der Besatzung ausdrücklich versprochen und zudem hinzugefügt wurde, daß diese Truppen auf annähernd normale Stärke herabgesetzt würden. Darunter hat man deutschseits nichts anderes verstanden, als daß damit gemeint sei, die Entente werde in der zweiten und dritten Zone soviel Besatzungstruppen unterhalten, als dort vor dem Kriege an deutschen Truppen gestanden haben. Das ist von maßgebenden deutschen Persönlichkeiten mündlich und schriftlich wiederholt ausgeführt worden, ohne daß die Gegenseite widersprochen — nur fiel es dieser nicht ein, in der Praxis dieser deutschen Auffassung Folge zu leisten. Nur ein geringer Teil der Truppen, die in der ersten Zone gestanden hatten, wurde in die Heimat transportiert, die größere Masse vermehrte nur die Besatzungstruppen in den beiden anderen Zonen, so daß dort die Last für die Bevölkerung eine noch weit schwerere wurde als früher.

Zunehmend und immer wieder haben wir bei der Völkerversammlung und vor allem bei Briand, solange er Ministerpräsident war, darauf gedrungen, die ungenügenden Versprechungen von Locarno nun endlich zu verwirklichen, und jetzt, da schon die Vorbereitungen für die Völkerversammlung in Genf in Angriff genommen werden, ist unser Pariser Vorkämpfer wieder einmal bei Briand gewesen. Der ist ja jetzt nicht mehr Ministerpräsident, sondern nur Außenminister. Anlässlich dieser Unterredung erfährt man nun erfreulicherweise, welche Gründe Briand für die Verzögerung dieser Truppenherabsetzung angeführt hat. Diese Gründe sind überaus unerfreulich, da sie an Fadenscheinigkeit kaum etwas zu wünschen übrig lassen, höchstens das eine beweisen, daß diese ganze Frage auch eine starke innerpolitische Färbung in Frankreich hat. Briand erklärt, die Franzosen sei bisher ein Hindernis für die Behandlung dieser Angelegenheit gewesen; doch können wir nicht glauben, daß er damit behaupten will, er hätte keine Zeit dazu gehabt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß er es vermeiden wollte, seinen politischen Gegnern auf der rechten Seite auf die Füße zu treten. Das geht auch daraus hervor, daß er auf militärische Widerstände hinweist, die seinen eigenen so guten Willen sabotieren könnten. Er kann sich auch nicht auf das rein formale Argument zurückziehen, daß die Rückwirkung von Locarno erst eintreten soll, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes und es ist. Ausdrücklich hat bei dem Scheitern der Verhandlungen auf der Märzversammlung in Genf die Gegenseite erklärt, daß Deutschland sozusagen moralisch Mitglied des Völkerbundes geworden sei, und zwar mit allen Konsequenzen, die sich daraus für die Abmachungen von Locarno ergaben.

Statt dessen kam man uns mit immer neuen Einwendungen, wie sie nicht bloß in den bekannten letzten Äußerungen des Generals Walsh zum Ausdruck kamen, sondern Briand phantasiert auch von gewissen geräuschvollen Erinnerungstagen und dergleichen, die für die Aufrechterhaltung des kriegerischen Geistes in Deutschland sprächen. Das sind keine Gründe mehr, das sind Albernheiten, mit denen man uns verhöhnen soll.

Ehe wir nach Genf fahren, muß diese Streitfrage nun endgültig geklärt sein. Denn sie ist für uns mehr als eine bloße Streitfrage, sie ist vielmehr der Kernpunkt des ganzen Problems, das wir den Vertrag von Locarno nennen. Denn dieser Vertrag sollte ja das Zeitalter eines neuen Geistes herbeiführen. Ob dies nun geschieht oder nicht, darüber müssen wir greifbare Tatsachen als Beweis haben, nicht bloß leere Versprechungen wie bisher. Weichen diese Tatsachen aus, so mag man sich in Frankreich nicht darüber beschweren, daß wir nicht an die Existenz dieses Geistes glauben können.

Schluß der Hamburger Kolonialwoche.

Kundgebung im Aberseeclub.

Die Hamburger Kolonialwoche für 1926 fand mit einer abschließenden Kundgebung im Aberseeclub Hamburg ihr Ende. Nachdem der Vorsitzende der Abteilung Hamburg der Deutschen Kolonialgesellschaft, Riedel, die

Neue Krisengefahren in England.

Englands Bergarbeiter brauchen 20 Millionen.

Lohnherabsetzung für Transport- und Hafenarbeiter.

Die Internationale Transportarbeiterföderation hatte eine Versammlung nach Amsterdam einberufen, die sich mit den Maßnahmen zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter beschäftigte. Ein englischer Bergarbeiterführer teilte mit, daß die Intervention der Bischöfe keinen Erfolg haben werde. Selbst wenn eine neue Kommission ernannt werden sollte, würde eine Lösung des Konflikts durch Verlängerung der Arbeitszeit oder Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht erzielt werden. Die englischen Arbeiter hätten sich auf einen langen Kampf eingestellt. Die finanzielle Disziplin der Arbeiter auf dem Kontinent sei bisher durchaus unbefriedigend gewesen. Zur Fortsetzung des Streiks müßten mindestens 20 Millionen Mark beschafft werden. Zurzeit würden in fast allen Distrikten nur etwa 1,60 Mark Streikgelder wöchentlich verteilt. Wenn es möglich wäre, auf dem Kontinent die Kohlenzufuhren nach England nur für eine Woche zu verhindern, so wäre hierdurch den englischen Bergarbeitern die denkbar beste Unterstützung gewährt.

Von besonderem Interesse auf diesem Kongress waren die Mitteilungen des Generalsekretärs Fimmen über die erfolgte Kündigung des Lohnabkommens der englischen Transport- und Hafenarbeiter. Die Fimmen teilte, hätten die Unternehmer für den 15. August eine 16 % ige Lohnherabsetzung in Aussicht gestellt. Aus diesem Lohnabbau hätten sich nach Ansicht Fimmens unübersehbare Krisen entwickeln. Fimmen kritisierte scharf die Haltung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Parteien des Kontinents, die bisher aus formellen Gründen noch keine Sammlungen für die streikenden englischen Bergarbeiter eingeleitet hätten.

Steigende Förderung im Ruhrrevier.

Als Folge des englischen Bergarbeiterstreiks.

Der englische Bergarbeiterstreik hat auf die Förderung im rheinisch-westfälischen Ruhrbergbau einen günstigen Einfluss ausgeübt. Sie übersteigt jetzt sogar die Friedenszeit. Die Feiertage sind vollständig befreit worden, außerdem werden zahlreiche Überschichten gemacht. Die Belegschaften sind um etwa 6000 Mann vermehrt worden. Die Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaues ist von 430 000 im Frieden auf etwa 335 000 zurückgegangen.

Die Einkommensteuervorauszahlungen.

Ratenweise Nachzahlung möglich.

Für die Einkommensteuervorauszahlungen im Jahre 1925 waren mangels einer Veranlagung nicht das Einkommen, sondern äußere Merkmale — regelmäßig der Umsatz oder das Vermögen — maßgebend. Die genaue Feststellung des 1925 bezogenen Einkommens in den Steuerbescheiden, die den Steuerpflichtigen jetzt zugehen, führt bei Personen, deren Wirtschaftslage ungünstig war, zu Erstattungen. Dagegen ergeben sich bei Personen, deren Einkommensverhältnisse im Vergleich zu ihren Berufsgenossen und anderen Erwerbszweigen günstig waren, Nachzahlungen. Für solche Fälle, in denen die Entrichtung der Nachzahlungsbeträge in einer Summe den Pflichtigen mit Rücksicht auf ihre gegenwärtigen Einkommensverhältnisse außerordentliche wirtschaftliche Schwierigkeiten bereitet, hat der Reichsminister der Finanzen bereits in einem Erlass vom Juni 1926 die Finanzämter angewiesen, die Abtragung der Abschlußzahlungen in Ratenzahlungen in Anpassung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu gestatten.

Dem Steuerpflichtigen, der sich durch die gegenwärtige Veranlagung beschwert fühlt, steht der Rechtsbehelf der Reichsabgabenordnung zur Verfügung. Einzelbeschwerden, die Mißgriffe der Verwaltung rügen, unterliegen der Nachprüfung durch die Landesfinanzämter, in letzter Instanz durch den Reichsminister der Finanzen.

gen. Die gesteigerte Gesamtförderleistung wird also mit einer um ungefähr 15 Prozent verminderten Belegschaft erreicht. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß die Förderkapazität des Ruhrbergbaues infolge der technischen Neuausgestaltung eine erhebliche Steigerung erfahren hat, die beispielsweise bei den Staatsgruben das Dreifache der Friedensförderleistungsfähigkeit beträgt. Es ist jedoch sehr fraglich, ob jemals das Maximum der Förderkapazität bei den einzelnen Zechen erreicht werden kann. Eine nennenswerte Steigerung der Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaues ist trotz der gegenwärtig guten Konjunktur nicht mehr zu erwarten, da diese Besserung nur als vorübergehend betrachtet wird.

Intervention Frankreichs, Englands und Italiens bei der bulgarischen Regierung wegen der bulgarischen Bandeneinfälle.

Sofia, 5. August. Die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens haben am Dienstag wegen der ständigen Einfälle der bulgarischen Banden bei der bulgarischen Regierung interveniert. Die Vertreter der drei Großmächte haben dem Außenminister ausgesucht und ihm im Namen ihrer Regierungen geraten, Bulgarien möge sofort alle Maßnahmen ergreifen, um weitere Einfälle in Südserbien und in der Dobrußa zu vermeiden. Der bulgarische Außenminister erwiderte, daß die bulgarische Regierung bisher alles getan habe, was in ihren Kräften stand und daß sie auch in Zukunft darauf bedacht sein werde, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten.

Churchill über die Schulden Frankreichs und Italiens an England.

London, 5. August. In Beantwortung schriftlicher Anfragen gab Churchill am Mittwoch im Unterhaus einige interessante Zahlen über die Höhe der Schulden Frankreichs und Italiens an. Er erklärte, daß die Nettokriegsschuld Italiens an England am Tage der Hundierung rund 570 Millionen Pfund betrug. Der Wert nach dem Hundierungsabkommen betrage unter Berücksichtigung einer fünfprozentigen Verzinsung der Jahresannuität ungefähr 76 Millionen Pfund. Nicht so günstig sei das Verhältnis für Frankreich. Die Nettokriegsschuld Frankreichs an England am Tage der Unterzeichnung des Hundierungsabkommens habe ungefähr 600 Millionen Pfund betragen. Bei Einrechnung einer 5prozentigen Verzinsung der Jahresannuität ergeben sich für die Rückzahlung ein Gesamtbetrag von 227 Mill. Pfund.

Zur Magdeburger Mordsache.

Eine amtliche Erklärung.

Zur Hellingischen Mordsache geht dem Amtlichen Preussischen Pressedienst folgende Mitteilung zu: Die Akten werden demnächst zur Entscheidung über die Haftbeschwerden der Strafkammer vorgelegt werden. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung finden zurzeit Ermittlungen statt, die noch einige Tage in Anspruch nehmen werden. Die gerichtliche Voruntersuchung ist jetzt auch gegen Schröder auf Nord ausgedehnt. Der Untersuchungsrichter arbeitet in ständiger Fühlung mit dem Oberstaatsanwalt. Die neu zur Verfügung gestellten Berliner Kriminalbeamten werden vom Oberstaatsanwalt mit Aufträgen versehen.

Zu der rein kriminellen Seite der Mordsache Helling ist neu mitzuteilen, daß jetzt nicht nur zwei Untersuchungen, sondern drei Untersuchungen durchgeführt werden. Zu der Untersuchung des Kommissars Busdorf, die dieser von Berlin aus forgesetzt hat, und der Untersuchung des Untersuchungsrichters Kölling ist jetzt eine Untersuchung durch die Kommissare Kriminaloberinspektor Dr. Niemann und Kriminalkommissar Braschwitz getreten. Diese Untersuchung hat zunächst zu der Verhaftung der sogenannten Braut Schröders, Hilde Göbe, geführt, gegen die ein Verfahren wegen Begünstigung eingeleitet worden ist.

Eine Rede Mussolinis.

Ehrung des Nordpolfliegers Nobile.

Mussolini hielt in Rom bei der Begrüßung des Generals Nobile, der mit Amundsen den Nordpol überflogen hat, eine Rede, in der er die Taten der italienischen Nordpolflieger in begeisterten, pathetischen Worten schilderte. Man habe, sagte er, den Ruf der Italiener zu verfeinern und zu verbunkeln versucht. Aber es müsse ein für allemal der Welt kundgetan werden, daß, unbeschadet der Verdienste von Männern aus anderen Nationen, die Ehre des Triumphes dem General Nobile zukomme: er habe das Luftschiff erdacht, er habe es mit andern Italienern konstruiert, er habe es mit andern